

**ARMUT
BEDROHT
ALLE**

**KAMPAGNE
2017**

AUSGRENZUNG

KINDERARMUT

ALTERSARMUT

HILFE

ABSTIEG

NETZWERKE GEGEN ARMUT UND ABSTIEGSANGST



Landesarmutskonferenz
Baden-Württemberg · LAK-BW

JUGENDARMUT

ARMUT

LANDESWEITE AKTIONSWOCHE GEGEN ARMUT · 16. bis 22. Oktober 2017

Altersarmut in Baden-Württemberg

Klaus Kittler, Diakonisches Werk Württemberg

- I. Lebenslage Alter**
- II. Lebenslage Altersarmut**
- III. Demographische Entwicklung**
- IV. Probleme und Reformbedarf in der gesetzlichen Rentenversicherung**
 - Prävention von Altersarmut
 - Armutskompensierung im Alter
 - Es muss dringend gehandelt werden ...



www.armut-bedroht-alle.de



I. Lebenslage Alter

Altern bedeutet zunehmende Vulnerabilität (Verletzlichkeit) und irreversible Exklusion in vier zentralen Dimensionen:

1. Materielle Bedingungen
2. Betätigung
3. Gesundheit
4. Soziales Netz

Alt zu werden, bedeutet nicht nur den Übergang vom Erwerbsleben in das Rentner- oder Pensionärs-dasein. Diese Lebensphase ist mit vielfältigen Veränderungen, Belastungen, aber auch Chancen verbunden. Der Übergang vom Erwerbsleben in die Rente betrifft nicht nur das Einkommen: Es ist mit einem Statuswechsel verbunden, der vielen Menschen erheblich zu schaffen macht. Mit dem Austritt aus der Arbeitswelt gehen der Verlust von Aufgaben, von Tagesstruktur und sozialen Kontakten einher. Letzteres ist umso einschneidender, als wir seit Jahren eine Veränderung und oft eine Auflösung von Familienstrukturen erleben, die für die Bewältigung dieses Übergangs besonders wichtig sind.

In der Folge von materiellen und gesundheitlichen Einschränkungen verändern und reduzieren sich zwangsläufig auch die sozialen Beziehungen. Denn Kontaktpflege kostet Geld und braucht Mobilität. Und schließlich sind die Beziehungen im Alter zunehmend von Verlusten und Trauerphasen geprägt. Alt zu werden, bedeutet immer auch einen zunehmenden Verlust an Selbstwirksamkeit, an Selbstbestimmung und damit auch an Selbstwertgefühl – egal, welchen beruflichen und sozialen Status man einst erreicht hatte.

Deshalb ist Altersarmut mehr als Einkommensarmut, sie wirkt sich als Teilhabearmut aus. Sicherlich spielen für die Bewältigung der zunehmenden Einschränkungen die individuelle Lebenserfahrung, die persönlichen Interessen und Fähigkeiten, die Beziehungen in Familie und Nachbarschaft eine große Rolle. Ganz wesentlich ist aber, wie sich die Gesellschaft auf ihre alten Menschen einstellt. Dazu gehört auch, wie wir unsere Gemeinden und Stadtteile ausstatten. Wer sich über Jahrzehnte in seinem Quartier eingerichtet hat, darf nicht aufgrund einer zukünftig immer niedrigeren Rente bei unabsehbar steigenden Wohnkosten gezwungen werden, die gewohnte Infrastruktur und die bekannte Nachbarschaft zu verlassen. Dazu braucht es bezahlbare altersgerechte Wohnungen in jedem Stadtteil, dazu braucht es gute Verkehrsanbindungen, Treffpunkte, Initiativen für bürgerschaftliches Engagement und auch soziale Dienste. Das sind große Aufgaben für die Stadt- und Sozialplanung, nicht nur für die Rentenpolitik. Es braucht mehr

als nur eine armutsfeste Alterssicherung, aber eine gute Rente ist die Grundvoraussetzung, um die Belastungen des Alters bewältigen zu können.

Ohne Absicherung und gute Rahmenbedingungen entsteht aus diesen Belastungen Altersarmut und Ausgrenzung. In der Folge kommt es zu einer Kumulation sozialer Benachteiligungen und problematischer Lebensbedingungen, in der die psychosozialen, physischen und finanziellen Ressourcen schnell aufgebraucht sind. – Und: Altersarmut ist fast immer irreversibel.

II. Lebenslage Altersarmut

Die Gesichter der Armut und die mit ihr verbundenen Lebenslagen sind vielfältig. Gerade die Altersarmut hat in diesem breiten Spektrum eine besondere Bedeutung. Generell stellt sich bei den Themen von Armut und Ausgrenzung immer die Frage: Wie gehen wir mit unseren Nächsten um? Wenn wir über Altersarmut sprechen, dann spitzt sich diese Frage zu, dann reden wir über die Armut von Menschen, die ihr Leben damit verbracht haben, für sich und andere zu arbeiten, die Kinder erzogen haben, die sich immer wieder eingesetzt haben für ihre Familien, für die Unternehmen, in denen sie angestellt waren und für unsere Gesellschaft insgesamt. Jeder nach seinen Kräften und nach den Möglichkeiten, die ihm geboten waren. Und da hat es eine besondere „Qualität“, wenn wir es zulassen, dass gerade diese Menschen zunehmend in prekäre Lebenslagen geraten und von Armut bedroht werden.

Der vor kurzem erschienene Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung stellt zwar noch fest, dass die Gruppe der über 65-Jährigen ein geringeres Armutsrisiko hat als die Gesamtbevölkerung, und dass auch weniger von ihnen Grundsicherung beziehen, als die jüngeren Altersgruppen. Allerdings nimmt die Armutsrisikoquote der Älteren in den letzten Jahren so schnell zu, wie in keiner anderen Altersgruppe. Und die Zahl der Grundsicherungsbezieher über 65 Jahren hat von 2005 (Hartz-Reformen) bis 2015 um über 56% auf heute über 536.000 Menschen zugenommen. Dabei gehen die Sozialwissenschaftler davon aus, dass der Anteil derjenigen, die aus Unkenntnis, Angst oder Scham ihre berechtigten Ansprüche auf Grundsicherung gar nicht geltend machen, in dieser Altersgruppe besonders hoch ist. – Das Problem der zunehmenden Altersarmut damit vom Tisch zu wischen, dass sie heute noch nicht besonders hoch ist, dass sie vielleicht in 30 Jahren ein Problem werden könnte, - diese Haltung ignoriert, dass jegliche Maßnahme gegen die absehbare Entwicklung nur langfristig wirkt. In dreißig Jahren ist es mit Sicherheit zu spät.

Und für Baden-Württemberg müssen wir feststellen, dass nach dem 2016 erstmals erschienenen Landesarmutsbericht das Armutsrisiko der Älteren bereits heute um fast 3% über der der Gesamtbevölkerung liegt. – Dabei wird noch gar nicht berücksichtigt, dass diese Quote für Rentner nochmals höher ist, als für Pensionäre, für Frauen, vor allem für hochbetagte Frauen höher als für Männer, für Menschen mit Migrationshintergrund, vor allem für Ausländer höher als für Deutsche ohne Migrationshintergrund.

Altersarmut tritt in den meisten der Fälle nicht plötzlich mit dem Erreichen des Rentenalters ein. Sie ist nicht nur ein Problem der ungenügenden Leistungen aus gesetzlicher und privater

Altersversorgung. Für die meisten der betroffenen Menschen ist die Armut im Alter die Fortsetzung einer Armutsbio-graphie.

Die vermeintlich gute Stellung der Älteren darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es bestimmte Risikogruppen gibt, die aufgrund ihrer Biographie heute schon besonders stark von Armut bedroht und betroffen sind:

- ehemalige Selbständige (im heutigen Grundsicherungsbezug die größte Risikogruppe) mit geringen Einkommen, die den Aufbau einer auskömmlichen Alterssicherung nicht zulassen. Diese Personen haben außerdem oft einen deutlich erhöhten Grundsicherungsbedarf wegen der privaten Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge.
- Familienorientierte Frauen mit Unterbrechungen der Erwerbsbiographie durch Familienphasen und die Betreuung von Familienangehörigen,
 - o (geschiedene) Frauen, deren Versorgungsausgleich zu gering ist und deren eigenständige Altersvorsorge aufgrund fehlender Qualifikation und ihres Lebensalters nicht mehr möglich war
 - o (verwitwete) Frauen bei denen die Erwerbsbiographie des Ehemannes gescheitert ist
- Zugewanderte Personen
 - o Arbeitsmigranten („Gastarbeiter/innen“ der ersten Generation)
 - o (Spät-)Aussiedler/innen
 - o jüdische Kontingentflüchtlinge
 - o Umbruchsgeprägte Ostdeutsche
- Komplex Diskontinuierliche mit Zeiten der Arbeitslosigkeit, mit langen Phasen prekärer und gering entlohnter Tätigkeiten.

Das alles sind Lebenslagen, die die Entwicklungsmöglichkeiten der Menschen stark einschränkenden. Und am Ende wird diese Chancenarmut dann zusätzlich bestraft.

Die Zusammensetzung dieser Risikogruppen wird sich in den nächste Jahren deutlich ändern.

Aufgrund des Rentenrechts werden auch langjährig vollzeitbeschäftigte Geringverdiener hinzukommen. Spätaussiedler und Kontingentflüchtlinge werden weniger, aber insgesamt werden die Migranten und ihre Kindergenerationen erheblich zunehmen, Altersarmut wird tendenziell zur Migrantenarmut .

Die Rentendiskussion fokussiert sich heute auf eine Risikogruppe, die bisher noch gar nicht in der Grundsicherung angekommen ist (Solidarrente für langjährig versicherte Geringverdiener), während für die größten Risikogruppen in der Debatte gar keine Berücksichtigung findet. Es braucht also nicht nur eine Korrektur der Alterssicherung und des Rentenrechts, es braucht eine aktive und gestaltende Sozialpolitik, die lange vor dem Eintritt ins Rentenalter einsetzt. An dieser Stelle weisen wir darauf hin, - ohne das es hier weiter ausgeführt werden soll -, dass alle Verbände der freien Wohlfahrtspflege sich seit Jahren massiv für eine aktive Arbeitsmarktpolitik und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einsetzen. Denn die Arbeitslosen, vor allem die mehrfach und lange Zeit Arbeitslosen von heute sind die armen Alten von morgen. Das eine Million Menschen seit 2005, als das SGB II eingeführt wurde, ohne Unterbrechung von den Leistungen der Grundsicherung für Arbeitslose (Hartz IV) leben müssen, macht deutlich, welches Problem hier auf uns zukommt.

III. Demographische Entwicklung

Unbestritten, die Bevölkerung in Deutschland wird älter. Der Anteil der über 65-jährigen in Deutschland wird größer werden und eine tendenziell kleiner werdende Zahl von Erwerbstätigen wird eine zunehmend größer werdende Zahl an Rentnern unterstützen müssen. Die Sozialversicherung funktioniert nämlich so, dass die von den gegenwärtig erwerbstätigen Menschen gezahlten Rentenbeiträge für die gegenwärtig im Rentenalter befindlichen Menschen ausgegeben werden (Umlageverfahren).

Allerdings lässt sich aus der demographischen Entwicklung nicht direkt auf die tatsächliche Belastung der Beitragszahler in den kommenden Jahren schließen, denn dafür müssen noch eine ganze Reihe weiterer Faktoren berücksichtigt werden. Zunächst ist schon die Voraussage der demographischen Entwicklung von mehreren Faktoren abhängig. Sie entsteht nicht nur aus dem Verhältnis von Geburten und Sterbefällen, sondern ist auch von der Zuwanderung abhängig und allein für die Entwicklung der Zuwanderung hat das Statistische Landesamt in seinem aktuellen Demographie-Spiegel 22 Indikatoren ermittelt. Außerdem ist die Prognose der Geburtenzahlen von Faktoren abhängig, die sich durchaus ändern können. In der aktuellen Prognose wird die Entwicklung der vergangenen Jahre schlicht in die Zukunft fortgeschrieben, aber es kann durchaus passieren, dass die Geburtenzahlen auch wieder steigen.

Von ganz entscheidender Bedeutung ist aber auch die Entwicklung des allgemeinen gesellschaftlichen Wohlstands (wie er bisher im Bruttoinlandsprodukt gemessen wird) und der allgemeinen Produktivität (der Wertschöpfung pro Arbeitsstunde). Schon heute lässt sich ganz generell feststellen, dass wir in einer der reichsten Gesellschaften auf der Erde leben und dass sämtliche Armut- und Unterversorgungsprobleme letztlich Verteilungsfragen sind. Und seit der frühen Industrialisierung hat sich wirtschaftliche Produktivkraft immer weiter entwickelt, so dass heute nur noch ein kleiner Teil der beschäftigten in den unmittelbar produzierenden Wirtschaftssektoren arbeiten, während die Mehrzahl der Beschäftigten in den Bereichen der Distribution, Verwaltung und Dienstleistung arbeiten. Damit ist auch die Möglichkeit gewachsen, all die Menschen ausreichend zu versorgen, die aus welchen Gründen auch immer wirtschaftlich nicht aktiv sind.

Wenn wir bedenken, dass von 2003 bis 2014 der Anteil der gesetzlichen Renten am BIP von 10,5% auf 9,1% gesunken ist (vgl. Martin Staiger), dann wird deutlich, dass wir aus volkswirtschaftlicher Sicht keine Überbelastung durch die gesetzliche Alterssicherung haben.

IV. Probleme und Reformbedarf in der gesetzlichen Rentenversicherung

Die gesetzliche Rentenversicherung (gRV) ist seit den Reformen der Nachkriegszeit (1957) auf Lohn- bzw. Einkommensersatz ausgerichtet und soll „nach Eintritt des Versicherungsfalles den Status erhalten, den der Versicherte im Verlauf seines Erwerbslebens erworben hat“ (Kommission des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger, 1987). Armutsvermeidung ist kein immanentes Ziel der gRV.

Unter den Beziehern einer gRV befinden mit 2,5% weniger Grundsicherungsempfänger, als in der Gesamtbevölkerung dieser Altersgruppe.

Die Statussicherung und die Armutsvermeidung hängen zwar zusammen, zumal wenn die Leistungen der gRV immer weiter abgesenkt werden, sie müssen aber dennoch differenziert diskutiert werden. Die Reduzierung der Leistungen sind für die meisten Betroffenen ein Statusrisiko, aber noch kein Armutsrisiko. – Ohne diese Differenzierung kann es einer ungewollten politischen Entwicklung kommen kann, dass die gRV auf ein Armutssicherungsinstrument reduziert wird.

Die Finanzierungsprobleme der gesetzlichen Rentenversicherung werden weniger durch den langfristigen demographischen Wandel als vielmehr durch kurzfristige politische Entscheidungen verursacht.

- Die weitgehende Freistellung der Mini- und Midi-Jobs von der gesetzlichen Rentenversicherung führt hier zu Einnahmeausfällen von jährlich bis zu 1,5 Mrd. Euro.
- Die politisch beschlossene Möglichkeit, Teile des Entgeltes steuer- und sozialversicherungsfrei für die private Altersvorsorge einzusetzen, entzieht der Rentenversicherung Einnahmen von jährlich 1,9 Mrd. Euro.
- Dass auf das Arbeitslosengeld II keine Rentenbeiträge mehr gezahlt werden führt zu Einnahmeverlusten von bis zu 4,2 Mrd. Euro.
- Die Liberalisierung des Arbeitsrechtes und damit die Prekarisierung vieler Arbeitsverhältnisse führt zum Ersatz von bisher sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen durch Praktika, Mini- und Midijobs, Outsourcing an Selbstständige und Werkverträge.

- Die Förderung der privaten Altersvorsorge aus Steuermitteln, hat den Fiskus von 2003 bis 2014 ca. 21 Mrd. Euro gekostet; diese wären nach heutiger Erkenntnis in der gesetzlichen Rentenversicherung besser angelegt gewesen.
- Die Rentenreform hat mit der privaten Altersvorsorge hohe Beitragssummen den privaten Renten- und Lebensversicherungen zugeführt, von denen heute bekannt ist, dass sie in der gesetzlichen Rentenversicherung sicherer und besser (ertragreicher) angelegt gewesen wären.
- 20% der privaten Altersvorsorgeverträge werden nicht bedient. – Das bedeutet häufig einen Totalverlust für die Versicherten, aber einen Zusatzgewinn für die Versicherungen.
- **Prävention von Altersarmut** muss bereits in der Erwerbsphase der Betroffenen ansetzen:
 - Verbesserung der Einkommenssituation: Mindestlohn, Tarifbindung
 - Versicherungspflicht für geringfügig Versicherte (Jede bezahlte Arbeitsstunde muss auch SV-pflichtig sein!)
 - Einbeziehung von (Solo-)Selbständigen
 - Bewertung von Zeiten der Arbeitslosigkeit und anderen Ausfallzeiten

„Es braucht eine Gesamtkonzeption, eine Verzahnung von Bildungs-, Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs- und Gesundheitspolitik im Rahmen einer übergreifenden ‚sozialen Lebenslaufpolitik‘ ...“ (Prof. Dr. Ute Klammer, Uni Dui-Essen)

- **Armutskompensierung im Alter** wird dennoch über einen langen Zeitraum zunehmen und notwendig werden, da die präventiven Maßnahmen nur langfristig wirken. Sie kann nur über die staatliche Grundsicherung (SGB XII) bzw. aus Steuereinnahmen erfolgen, auch wenn sie im Rahmen der Rentenversicherung abgewickelt werden kann (s. Ausgleichszahlungen wie in Österreich).

- **Darum muss dringend gehandelt werden:**
 - Eine aktive und gestalten Sozialpolitik muss den Trend zu prekären Beschäftigungen und diskontinuierlichen Erwerbsbiographien eindämmen.
 - Es braucht eine umfassende Sozialversicherungspflicht auch für Mini- und Midi-Jobs, und auch für Langzeitarbeitslose müssen wieder Rentenbeiträge gezahlt werden, denn gerade diese Menschen werden ansonsten für ihre Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit doppelt bestraft.
 - Die gesetzliche Rente, Haupteinkommensquelle der älteren Menschen muss wieder gestärkt und auf Selbständige wie Beamte ausgedehnt werden.
 - Die Einführung einer Mindestrente kann Menschen im Alter den Gang zum Sozialamt ersparen und lässt sich über Bundesmittel finanzieren, die ansonsten für Grundsicherung im Alter ausgegeben werden müssen.
 - Die Pflegeversicherung muss dahingehend weiterentwickelt werden, dass sie die Pflegekosten umfassend abdeckt, damit alte Menschen nicht wegen ihrer Pflegebedürftigkeit in Armut gestürzt werden.